



## **Forderungen zu einer Neuausrichtung der deutschen Politik gegenüber den pazifischen Inselstaaten**

Klimawandel bekämpfen – Tiefseebergbau verhindern – Beziehungen stärken

Bei der Bundestagswahl im September 2017 und den anschließenden Koalitionsverhandlungen werden wichtige politische Weichenstellungen getroffen, die auch gravierende Auswirkungen auf andere Weltregionen haben. Dies gilt insbesondere für die pazifische Inselregion, die trotz enger historischer Verbindungen und einer wachsenden weltpolitischen Bedeutung in der bundesdeutschen Politik bisher vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit erfährt. Dies zeigt sich schon daran, dass Deutschland keine einzige Botschaft in der Region unterhält. Die 14 unabhängigen Staaten Cook-Inseln, Fidschi, Föderierte Staaten von Mikronesien, Kiribati, Nauru, Niue, Marshall-Inseln, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu und Vanuatu sind jedoch zum Beispiel beim weltweiten Klimaschutz wichtige Partner für Deutschland und aufgrund ihrer Vulnerabilität von Politikentscheidungen in Deutschland in besonderer Weise betroffen.

Die fidschianische Präsidentschaft der UN-Klimakonferenz in Bonn im November 2017 zeigt beispielhaft, dass die pazifischen Staaten eine stärkere Beteiligung auf internationaler Ebene anstreben. Die Aufnahme Deutschlands als Dialogpartner des *Pacific Islands Forum* im Jahr 2016 ist ein richtiger Schritt zum Ausbau der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Pazifik, dem auch in anderen Bereichen eine stärkere Berücksichtigung der pazifischen Bevölkerungen und ihrer Anliegen in der deutschen Politik folgen sollte.

Das Pazifik-Netzwerk e.V. fordert deshalb, dass die Abgeordneten des zukünftigen Deutschen Bundestags und die zukünftige Bundesregierung sich für folgende Anliegen einzusetzen:

### **1. Entschlossener Klimaschutz zur Begrenzung des globalen Temperaturanstieg auf 1,5°C**

Fakt ist: Die pazifischen Inselstaaten gehören zu den Gebieten, die am stärksten vom globalen Klimawandel, insbesondere dem Meeresspiegelanstieg, betroffen sind. Dabei haben sie selbst nur in sehr geringem Maße Verursacher des Klimawandels. Für viele besonders niedrig gelegene Staaten wie Tuvalu, Kiribati und die Marshall-Inseln ist eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 2° C nicht ausreichend, um das Überleben auf ihren Inseln sicherzustellen. Nur eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf max. 1,5° C, wie sie im UN-Klimaabkommen von Paris zumindest angestrebt wird, bietet den Bewohnerinnen und Bewohnern des Pazifiks und vieler anderer Weltregionen eine tragfähige Zukunftsperspektive. Dieser Wert wird von vielen Staaten im Pazifik als die Schwelle genannt, ab der die Lebensgrundlagen der Bewohnerinnen und Bewohner der Inseln so stark beeinträchtigt werden, dass ein Leben auf diesen Inseln nicht länger möglich ist.

Wir fordern:

- Die Bundesregierung muss die für das UN-Klimaabkommen von Paris festgesetzten nationalen Beiträge (*Nationally Determined Contributions, NDCs*) zur Reduzierung der eigenen Treibhausgasemissionen vollständig und umgehend umsetzen.

- Die Bundesregierung muss sich innerhalb der Europäischen Union und der Vereinten Nationen für die Umsetzung des Klimaabkommens von Paris und des angestrebten Ziels einer Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf max. 1,5° einsetzen.
- Um eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf max. 1,5° zu ermöglichen, muss die Bundesregierung den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien schnellstmöglich umsetzen, sich weltweit für eine Dekarbonisierung einsetzen und den Beschluss des *Pacific Islands Development Forum* zum Verzicht auf fossile Brennstoffe unterstützen.

## **2. Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel und Klimamigration in Würde**

Fakt ist: Der Klimawandel zerstört vielerorts die begrenzten landwirtschaftlich nutzbaren Flächen und führt zum durch Korallensterben bedingten Rückgang der Fischbestände. Somit bedroht der Klimawandel die wirtschaftliche Lebensgrundlage sowie die traditionellen Lebensweisen und Kulturen zahlreicher Menschen im Pazifik. Bereits heute zwingen die Auswirkungen des Klimawandels viele Menschen im Pazifik zur Umsiedlung. Die Bewohnerinnen und Bewohner der pazifischen Inselregion benötigen daher dringend zusätzliche Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel sowie verlässliche internationale Schutzrechte, welche ihnen dort, wo dies unausweichlich ist, eine möglichst würdevolle Klimamigration ermöglichen.

Wir fordern:

- Die Bundesregierung muss ihre finanziellen Zusagen für den *Green Climate Fund* zur Unterstützung vom Klimawandel betroffener Staaten erfüllen.
- Die Bundesregierung muss zusammen mit gleichgesinnten Staaten mögliche Kürzungen der Finanzierung des *Green Climate Fund* und anderer Programme in Folge der Politik der US-Regierung unter Donald Trump durch die Aufstockung eigener Beiträge ausgleichen.
- Die Bundesregierung muss sich international für die Schaffung von Regelwerken und Schutzmechanismen zur Klimamigration einsetzen, welche die Situation der Menschen im Pazifik berücksichtigen und ihnen eine möglichst würdevolle Migration gemäß des Konzepts der *Migration with Dignity* des früheren Präsidenten von Kiribati Anote Tong ermöglichen.

## **3. Tiefseebergbau im Pazifik verhindern**

Fakt ist: Die kommerzielle Ausbeutung der Ressourcen der Tiefsee mit ihren verheerenden Folgen für Küstenbewohnerinnen und -bewohner droht im Pazifik ihren Anfang zu nehmen: Das weltweit erste kommerzielle Tiefseebergbauprojekt soll im Jahr 2019 vor Papua-Neuguinea starten, ein weiteres Projekt ist vor Tonga geplant. Unzählige Projekte könnten folgen, auch Deutschland hat sich bereits Lizenzen für Explorationen im Pazifik gesichert. Viele Menschen im Pazifik leben in direkter Küstennähe in Subsistenzökonomie vom Fischfang oder vom Tourismus. Der Ozean ist für sie jedoch nicht nur wirtschaftliche Lebensgrundlage, sondern auch wichtiger Bestandteil der kulturellen und spirituellen Identität. Das gesamte Ausmaß der negativen Folgen für Umwelt und Biodiversität ist noch nicht absehbar: Die massiven Umwelteinwirkungen, die durch Tiefseebergbau ausgelöst werden, tragen jedoch nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen mit ihrem Ziel zur nachhaltigen Nutzung der Ozeane (Nr. 14) bei, sondern führen zur Zerstörung von Lebensgrundlagen und Biodiversität im Pazifik.

#### Wir fordern:

- Die Bundesregierung muss alle Vorhaben und politischen Initiativen zum Abbau mineralischer Ressourcen in der Tiefsee sowie jegliche wirtschaftliche Förderpolitik im Bereich Tiefseebergbau sofort stoppen.
- Die Bundesregierung muss sich international innerhalb der Vereinten Nationen und der Internationalen Meeresbodenbehörde für ein Verbot von Tiefseebergbau einsetzen.

#### **4. Einrichtung von deutschen Botschaften und Kultureinrichtungen im Pazifik**

Fakt ist: Der Pazifik und Deutschland sind historisch eng miteinander verknüpft. Als ehemalige Kolonialmacht in zahlreichen Gebieten des Pazifiks, darunter Papua-Neuguinea, Samoa und weite Teile Mikronesiens, trägt Deutschland eine historische Verantwortung. Auf deutscher Seite herrscht mittlerweile großes Desinteresse an der Aufarbeitung und Bewahrung des gemeinsamen kulturellen Erbes sowie der Förderung des kulturellen Austauschs mit der Pazifik-Region: So gibt es seit der Schließung der deutschen Botschaft in Papua-Neuguinea in der gesamten pazifischen Inselregion keine einzige deutsche Vertretung mehr, ebenso kein Goethe-Institut und keine Deutsch-Pazifische Handelskammer, Baudenkmäler und Friedhöfe im Pazifik verfallen, die Zahl der Lehrstühle an deutschen Universitäten mit pazifischem Schwerpunkt geht stetig zurück.

Die Abwesenheit einer deutschen Botschaft hat teilweise zur Folge, dass pazifische Geschäftsreisende, Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer und andere Gäste zunächst ein Visum für Australien, Neuseeland oder die Philippinen benötigen, um dort für ein deutsches Visum mehrtägige Hotel-Aufenthalte einplanen zu müssen. Dies ist auch angesichts der steigenden weltpolitischen Bedeutung der Region und der engen historischen Verbindungen zwischen Deutschland und vielen pazifischen Staaten ein unhaltbarer Zustand.

#### Wir fordern:

- Die Bundesregierung muss eine deutsche Botschaft in der pazifischen Inselregion einrichten.
- Die Bundesregierung muss auf die Wiederbelebung des kulturellen Austauschs zwischen Deutschland und den pazifischen Staaten, beispielsweise durch die Einrichtung eines Goethe-Instituts, hinarbeiten.
- Die Bundesregierung muss sich für den Erhalt und die Schaffung neuer Lehrstühle zum Pazifik an deutschen Universitäten und den Ausbau des wissenschaftlichen Austauschs zwischen Deutschland und den Pazifik einsetzen.

#### **5. Einrichtung einer Deutsch-Pazifischen Parlamentariergruppe**

Fakt ist: Die pazifische Inselregion ist weiterhin die einzige Region der Welt, für welche es im Deutschen Bundestag keine Parlamentariergruppe für einen koordinierten Austausch und eine systematische Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene gibt. Gerade vor der historischen Verbindung und Verantwortung Deutschlands gegenüber den pazifischen Inselstaaten ist dieser Zustand nicht länger hinnehmbar. Die Einrichtung einer Deutsch-Pazifischen Parlamentariergruppe ist ein wichtiger Schritt, um den pazifischen Partnern zum Beispiel im Bereich des Klimaschutzes ein Signal der Solidarität zu senden und durch parlamentarischen Austausch zu einer Stärkung der demokratischen Institutionen der pazifischen Staaten beizutragen.

#### Wir fordern:

- Der Deutsche Bundestag muss eine Deutsch-Pazifische Parlamentariergruppe einrichten.